Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

125 (1.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10161.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 125 — Mittwoch, den 1. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Vor Neubildung des Reichskabinetts

Der neue Mann: Herr von Papen

Berlin, 31. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag abend Herrn von Papen und beauftragte ihn mit der Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration. Herr von Papen hat diesen Auftrag angenommen.

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Zentrumsabgeordnete Franz von Papen, der 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Preußischen Landtag gewählt wurde und seit dieser Zeit Mitglied des Landtags ist, gehört dem rechten Flügel des Zentrums an. Er wurde 1879 in Werl in Westfalen geboren und hatte ursprünglich die Offizierslaufbahn eingeschlagen. Während des Krieges war er Militärattachee in Washington bei der deutschen Botschaft, nach seiner Abberufung wurde er Oberstleutnant und Generalstabsoffizier der 4. türkischen Armee. von Papen ist Aufsichtsratsvorsitzender der „Germania". Vorstand zahlreicher landwirtschaftlicher Berufsorganisationen, sowie Mitglied des deutsch-französischen Studienkomitees.

Die Beauftragung von Papens mit der Neubildung des Kabinetts zeigt, daß der Reichspräsident mit den Parteiführerbesprechungen programmgemäß zu Ende gekommen ist. Der Auftrag ist sogar noch schneller erteilt worden, als man erwartete. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß dadurch zu einer Beruhigung der öffentlichen Meinung beigetragen wird. von Papen wird sich am Mittwoch mit den Persönlichkeiten in Verbindung setzen, die für das neue Kabinett in Frage kommen. Er wird voraussichtlich spätestens am Donnerstag vormittag, wahrscheinlich aber schon am Mittwoch mit der Kabinettsbildung fertig sein, so daß der Reichspräsident die Ernennung der Minister in Bälde vollziehen kann.

Als Persönlichkeiten, die in erster Linie in Frage kommen, für das neue Kabinett nennt das Nachrichtenbüro des V.d.Z. folgende Männer:

Inneres: Freiherr von Gayl, oder von der Osten,
Auswärtiges: Botschafter von Neurath-London,
Reichswehr: General von Schleicher,
Wirtschaft: Dr. Warmbold,
Arbeit: Dr. Gördeler,
Ernährung: Freiherr von Lüninck,
Justiz: Joel,
Post: Schätzel.
Finanzen und Verkehr stehen noch nicht fest.

*

Die neuen Kabinettsmitglieder.

T.U. **Berlin,** 31. Mai. Franz von Papen wurde am 29. Oktober 1879 in Werl in Westfalen geboren. Er war aktiver Offizier der früheren Wehrmacht zunächst im Düsseldorfer 5. Ulanen-Regiment. 1911 wurde er in den Großen Generalstab gerufen. Während des Krieges war er Militärattachee bei der deutschen Botschaft in Washington. Nach dem Kriege nahm er seinen Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Preußischen Landtag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gezählt wurde. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender und Besitzer der „Germania".

Wilhelm Freiherr von Gayl, der im 53. Lebensjahr steht, entstammt einer alten preußischen Offiziersfamilie. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften war er zunächst in der preußischen Verwaltung tätig und übernahm im Jahre 1909 die Leitung der Ostpreußischen Landgesellschaft, eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens für die Provinz Ostpreußen. Im Kriege, an dem er aktiv teilnahm, wurde er im Jahre 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost. Nach dem Umsturz organisierte er vom Januar 1919 ab den Schutz Ostpreußens geg. die Bolschewisten Im Jahre 1920 führte er als Reichs- u. Staatskommissar die Abstimmung im ostpreuß. Abstimmungsgebiet durch. Seit 1921 ist er Mitglied des Preußischen Staatsrats und Bevollmächtigter Ostpreußens im Reichsrat. Er ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, hat aber weder Parteiämter übernommen, noch sich an der Agitation beteiligt.

Freiherr Konstantin von Neurath, der am 2. Februar 1873 geboren wurde, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in den Konsulardienst ein und war in den Kriegsjahren Botschaftsrat in Konstantinopel. Im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Kabinettschef des Königs von Württemberg. Im Jahre 1919 trat er wieder in den diplomatischen Dienst ein und ging zunächst als Gesandter nach Kopenhagen. Von 1922 bis zum Mai 1930 war von Neurath Botschafter vom Quirinal in Rom. Dann übernahm er das Botschafteramt in London, das er bis zum heutigen Tage bekleidete.

Generalleutnant von Schleicher, der vor wenigen Wochen das 50. Lebensjahr vollendete, begann seine militärische Laufbahn im Kadettenkorps und wurde im Kriege vor allem im Generalstabe verwendet. Nach dem Kriege zur Reichswehr übernommen wurde er im Jahre 1924 zum Oberstleutnant befördert und am 1. Februar 1926 zum Abteilungsleiter im Reichswehrministerium ernannt. Mit dem 1. April 1929 übernahm er als Chef das neugebildete Ministeramt im Reichswehrministerium und wurde kurze Zeit darauf zum Generalleutnant befördert.

Dr. Schätzel, der im 58. Lebensjahr steht, war nach Beendigung seiner juristischen Studien kurze Zeit als Rechtsanwalt tätig, trat aber dann in die bayerische Postverwaltung ein. Im Jahre 1923 wurde er als Leiter des Referats Bayern mit dem Titel Staatssekretär in die Reichspostverwaltung berufen. Im Januar 1927 wurde er Reichspostminister, sodaß er in diesem Jahr auf eine fünfjährige Amtszeit zurückblicken konnte. Georg Schätzel gehört der Bayerischen Volkspartei an.

Hermann Freiherr von Lüninck, der erst 39 Jahre alt ist, studierte Rechtswissenschaft und nahm nach Beendigung des Studiums im Jahre 1914 aktiv am Weltkrieg teil. Nach Kriegsschluß trat er zur preußischen Staatsverwaltung über, wo er als Regierungsassessor und Hilfsarbeiter im Innenministerium tätig war. Nach vorhergehender informatorischer Tätigkeit bei den christlich. Gewerkschaften schied Freiherr von Lüninck im Jahre 1923 aus dem Staatsdienst aus und wurde stellvertretender Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereines Er ist Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Präsidialmitglied der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Landbundes, sowie Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Dr. Karl Goerdeler, der 47 Jahre zählt, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaft in den Gerichtsdienst ein, war später informatorisch bei der Bank der preußischen Landschaft und der Preußischen Seehandlung zum Studium der bankmäßigen Behandlung des kommunalen Aneleihewesens tätig. Er wirkte dann als Assessor und 1912 bis 1920 als Beigeordneter der Stadt Solingen. Nach Beendigung des Krieges, an dem er teilgenommen hatte, wurde er 1920 zweiter Bürgermeier der Stadt Königsberg i. Pr. und 1930 Oberbürgermeister in Leipzig. Im Dezember 1931 wurde er zum Reichskommissar für Preissenkung ernannt, welches Amt er nach Durchführung der Preissenkungsaktion im April niederlegte.

Dr Hermann Warmbold, geboren am 21 April 1876, betätigte sich mehrere Jahre als Landwirt und studierte Land- und Volkswirtschaft. Er arbeitete als Assistent an verschiedenen Universitätsanstalten und war von 1907 bis 1917 bei wirtschaftlichen Instituten der Landwirtschaft in leitender Stellung tätig. 1917 bis 1919 wirkte er als Professor für Wirtschaftslehre des Landbaues und gleichzeitig als Direktor der württemberigschen landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, um dann als Direktor der Domänenabteilung in das preußische Landwirtschaftsministerium einzutreten, dessen Leitung er 1921 als Minister übernahm. Im gleichen Jahre schied er aus dem Staatsdienste aus und wurde Anfang 1922 Vorstandsmitglied der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die später in die J. G. Farbenindustrie aufging. Seitdem gehörte er dem Vorstand dieser Gesellschaft an. Im Oktober 1931 wurde er in das zweite Kabinett Brüning als Reichswirtschaftminister berufen legte aber dieses Amt Anfang Mai ds. Js. infolge Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitszeitfrage und die beabsichtigte Sparprämienanleihe nieder.

*

Die noch offenen Posten im neuen Kabinett.

T.U. **Berlin,** 31. Mai. Wer das Reichsfinanzministerium im Kabinett von Papen übernimmt, ist zurzeit noch unsicher. Gedacht ist an eine führende Persönlichkeit der Wirtschaft, von der jedoch noch nicht sicher ist, ob sie annimmt. Anderenfalls würde Graf Schwerin von Krosigk in Frage kommen. Wer für das Reichsverkehrsministerium in Betracht kommt, steht noch nicht fest. Sicher ist, daß Treviranus diesen Posten nicht beibehalten wird. Justizminister wird voraussichtlich Dr. Joel bleiben.

Die voraussichtliche Besetzung der Ministerien.

T.U. **Berlin,** 1. Juni. Für die voraussichtliche Besetzung der einzelnen Ministerien in einem Kabinett von Papen werden von Berliner Blättern außer den bereits bekannten Persönlichkeiten noch genannt: Für das Reichsinnenministerium wird außer dem Freiherrn von Gayl noch Freiherr von Braun, Mitglied des vorläufigeen Reichswirtschaftsrates, genannt. Für das Finanzministerium sollen auch Generaldirektor Dr. Schmitz (J. G. Farben) oder Geheimrat Schmitt von der Allianzversicherung in Frage kommen. Für das Ernährungsministerium wird außer Freiherrn von Lüninck, der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, genannt. Dem Vernehmen nach soll beabsichtigt sein, den bisherigen Leiter des Osttommissariats, Reichsminister Schlange-Schöningen, in seinem Amt zu halten, doch soll es im Augenblick noch zweifelhaft sein, ob Minister Schlange das Angebot annehmen wird.

*

Berliner Blätter zur Beauftragung von Papens.

T.U. **Berlin,** 1. Juni. Zur Beauftragung Herrn von Papens mit der Regierungsbildung nehmen verschiedene Berliner Blätter Stellung. Die „Börsenzeitung" betont unter Hinweis auf die Persönlichkeiten, die für die Besetzung der einzelnen Ministerien genannt werden, daß es wohl keinen nationalen Deutschen geben werde, der nicht einer solchen Regierung die besten Wünsche mit auf den Weg gebe. In dem jetzt werdenden Kabinett Papen sei die Vorstufe zu der Regierung zu sehen, die fest gestützt durch die ganze nationale Bewegung durch alle nationalen Parteien und Schichten des deutschen Volkes berufen sein müsse, unser Vaterland endlich und wirklich besseren Zeiten entgegenzuführen. Der „Tag" hebt hervor, daß der Reichspräsident in dem neuen Kabniett eine „Regierung der nationalen Konzentration" sehe, womit er aber offenbar nicht eine Zusammenfassung der nationalen Parteien mit einer von diesen Parteien gebilligten Regierung meine, sondern eine Zusammenfassung der Kräfte, die im Rahmen der persönlichen Beziehungen des Reichspräsidenten zur Verfügung ständen. Die „Vossische Zeitung" bezeichnet die Auswahl des Kanzlerkandidaten als ebenso unglücklich wie die Formulierung des Auftrages, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Unter nationaler Konzentration verstehe man die Zusammenfassung aller Volksschichten, aber bei solch offenkundiger Tendenz, die die eine Volkshälfte von vornherein aus der Kombination ausschließe, hätte nicht von nationaler Konzentration gesprochen werden dürfen. Es sei zu hoffen, daß es nicht auch im Büro des Reichspräsidenten üblich werde, nur rechtsgerichtete Parteien als national zu bezeichnen. Die „Germania" schreibt, wenn Herr von Papen sich dem Reichspräsidenten in dieser kritischen Situation für eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zur Verfügung gestellt habe, so sei er sicher einer politischen Gewissenpflicht gefolgt, der er sich nicht zu entziehen vermochte. Es sei eine Zwischenlösung gesucht worden, die von den Nationalsozialisten geduldet würde und von der aus zu gegebener Zeit durch Neuwahlen eine endgültige Klärung angebahnt werden solle. Diese Klärung sei notwendig, denn die jetzt in Angriff genommene Regierungsbildung gebe der gegenwärtigen Krise nicht die Lösung, die allgemein erwartet werde. Die „D.A.Z." ist der Auffassung, es können kaum Zweifel darüber bestehen, daß die neue Reichsregierung, wenn sie zustande komme, auf baldige Neuwahlen für den Reichstag angewiesen sei und in diesen Wahlen um ihre Existenz zu kämpfen haben werde. Das Kabinett von Papen würde nicht die sofortige Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Mitverantwortung bedeuten, sondern diese noch von einem Wahlgang abhängig machen. Der „Vorwärts" sagt: Dies Kabinett mit diesen Männern und diesen Tendenzen nenne sich nationales Konzentrationskabinett. Was hier konzentriert werde, sei nicht die Nation. Es seien vielmehr konservativ-reaktionäre Kräfte. Es seien kleine, aber mächtige Gruppeninteressen, deren Ueberwiegen eine Gefahr für die Interessen des Volkes und seiner Wirtschaft bedeutet. Hier werde konzentriert der Wille zum Abbau der Sozialpolitik und mehr als das. Die „Deutsche Zeitung" schreibt, daß eine Regierung von Papen nur als Uebergangskabinett anzusehen sei, der im wesentlichen die Aufgabe zufallen würde, Neuwahlen durchzuführen, um die Zusammensetzung des Reichstages den tatsächlichen politischen Gegebenheiten anzupassen. Das „Berliner Tageblatt" meint, daß auf dem Wege, der jetzt beschritten werde, dem Wohl des Landes und Volkes auf die Dauer nicht gedient werden könne. Deshalb müsse man diejenigen, die jetzt die Zeit für einen Kurswechsel für geeignet hielten, bei ihrem Vorhaben unter sich lassen. Sie möchten sich mit denen, die ihnen das Experiment erlaubt hätten, in die Verantwortung teilen.

*

Was die Nationalsozialisten wollen

Uebernahme der Regierung — Neuwahlen zum Reichstag

Berlin, 31. Mai. Wie dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nähmen die Besprechungen Adolf Hitlers und Görings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident von Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, **einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben.** Im übrigen dürfte Hitler erklärt haben, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar sein würde, die den Charakter einer Kompromiß-Regierung haben würde. **Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde.**

Im übrigen verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Kandidatur des Grafen Westarp für das Kanzleramt in den Hintergrund getreten sei und daß man jetzt an den rechtsgerichteten Zentrumspolitiker von Papen denke. Adolf Hitler dürfte jedoch auch darüber keinen Zweifel gelassen haben, daß von Papen gleichfalls nicht auf eine Tolerierung durch die Nationalsozialisten rechnen könne.

In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung offenbar so, **daß zunächst ein Kabinett unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse.** Die Wahl des neuen Reichstages würde dann allerdings so verzögert werden müssen, daß die **Neuwahlen,** die nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattzufinden haben, **erst nach der Ernte, also Mitte September,** vorgenommen werden können. Nach Absatz 2 des Artikels 23 müßte der neue Reichstag dann zum ersten Male spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Parteiführer bei Hindenburg

Berlin, 31. Mai. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, setzte Reichspräsident von Hindenburg am Dienstag vormittag die Besprechungen für die Regierungsneubildung fort. Zunächst erschien der Führer des Zentrums, Prälat Dr. **Kaas**, beim Reichspräsidenten. Ihm folgten für die Deutschnationale Volkspartei die Abgeordneten Dr. **Hugenberg** und Dr. **von Winterfeld**. Hierauf wurde der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. **Dingeldey**, empfangen.

In den frühen Nachmittagsstunden waren die Führer der Wirtschaftspartei, Drewitz und Mollath, beim Reichspräsidenten. Später folgten die Vertreter der Staatspartei, Dr. Weber und Mayer. Ihnen gegenüber betonte der Reichspräsident, daß er auf streng verfassungsmäßiger Grundlage ein überparteiliches Kabinett bilden werde.

*

Berlin, 31. Mai. Bisher haben alle Parteien, mit deren Vertretern der Reichspräsident gesprochen hat, erkennen lassen, daß sie bereit sind, an der Lösung der Regierungskrise mitzuwirken. Jedoch haben die Führer **des Zentrums erklärt, daß ihre Partei nicht in der Lage sei, sich an irgend einer Kombination zu beteiligen.** Die Stimmung geht beim Zentrum offenbar dahin, abzuwarten, wie die neue Regierung aussieht. Eine positive Beteiligung des Zentrums an dem Präsidialkabinett kommt aber nach diesen Erklärungen nicht in Frage. Dadurch würde freilich die Tolerierungsfrage des neuen Kabinetts im Reichstag vorläufig nicht geschmälert. Aber es gilt, und das wird in maßgebenden Kreisen sehr bedauert, nun als sicher, **daß keine Hoffnung mehr besteht, Dr. Brüning für das Auswärtige Amt zu gewinnen, wie dieses dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprochen hätte.** Selbstverständlich wird der Reichspräsident seine Bemühungen in der bisherigen Linie fortführen und man rechnet weiterhin damit, daß es ihm gelingt, so weit Klarheit zu schaffen, **daß er morgen mit den Persönlichkeiten Fühlung nehmen wird, die nach seiner Auffassung in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.**

Reichstag erst nach Bildung der Regierung

Berlin, 31. Mai. Im Aeltestenrat des Reichstages verlangten die Kommunisten, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, daß an dem 6. Juni als dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages festgehalten werde. Die übrigen Fraktionen stellten sich jedoch mit dem Reichstagspräsidenten Löbe auf den Standpunkt, man solle wie in früheren Regierungskrisen **abwarten, bis eine neue Regierung gebildet sei.** Infolgedessen wurde Reichstagspräsident Löbe ermächtigt, den Reichstag sofort einzuberufen, sobald der neue Reichskanzler bereit sei, eine Regierungserklärung abzugeben. Sollte sich dieser Zeitpunkt zu lange hinzögern, so beabsichtigt Präsident Löbe, den Aeltestenrat noch einmal zu befragen.

*

Das Zentrum an der Regierungsbildung „desinteressiert"!

T.U. **Berlin**, 31. Mai. Wie zu dem Empfang des Zentrumsführers Kaas beim Reichspräsidenten verlautet, hat Kaas dem Reichspräsidenten erklärt, daß das Zentrum sich an der künftigen Regierung nicht aktiv beteiligen werde. Im übrigen müsse sich das Zentrum seine Stellung vorbehalten. Es werde seine Entscheidung von der personellen Zusammensetzung des Kabinetts und von dem sachlichen Programm abhängig machen, mit dem das Reichskabinett vor den Reichstag trete.

Es ist daraus zu schließen, daß das Zentrum an der Kabinettsbildung desinteressiert ist und auch keinen Parteiangehörigen gestatten wird, in das Kabinett einzutreten. Dagegen ist es unrichtig, daß das Zentrum sich gegen Neuwahlen ausgesprochen habe. Das Zentrum steht im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß es Neuwahlen in keiner Weise zu befürchten habe.

In politischen Kreisen schließt man daraus, daß das Zentrum unter Umständen geneigt sein wird, ein vom Präsidenten ernanntes Kabinett zu tolerieren.

Die Haltung des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei.

T.U. **Berlin**, 31. Mai. Die Abgeordneten Simpfendörfer und Graf Westarp, die am Dienstag nachmittag als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei vom Reichspräsidenten empfangen wurden, dürften in der Unterredung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sowohl aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen ihr Bedauern über die Wendung zum Ausdruck gebracht haben, die die politische Entwicklung genommen hat. Die Fraktion hält es für notwendig, daß vor allem die Nationalsozialisten mit zur Verantwortung herangezogen werden; eine Zwischenlösung wird nicht für wünschenswert gehalten. Sie lege, von personellen Vorbehalten abgesehen, besonderen Wert auf die Einstellung der künftigen Regierung zu den Fragen der Siedlung und Sozialpolitik. In der Besprechung dürfte auch, wie es heißt, der entschiedene Widerstand der Fraktion gegen Regierungsmaßnahmen jeglicher Art hervorgehoben worden sein, die in ihrer Endwirkung auf die Anbahnung einer Inflation hinauslaufen würden.

Der Vertreter der Staatspartei bei Hindenburg.

T.U. **Berlin**, 31. Mai. Die Staatspartei teilt mit: Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag nachmittag als Vertretr der Staatspartei die Fraktionsvorsitzenden Dr. August Weber und Staatssekretär a. D. Oskar Meyer. Dr. Weber brachte zum Ausdruck, daß die Vorgänge, die bis vor der bedeutsamsten außenpolitischen Entscheidung und inmitten stärkster wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten zum außerparlamentarischen Sturz des Kabinetts Brüning geführt haben, weite Kreise mit größter Sorge erfüllen. Diese Sorge erstrecke sich auch darauf, ob es künftig gelingen werde, die Verfassung unbedingt aufrecht zu erhalten. Von dem Herrn Reichspräsidenten als dem berufenen Hüter der Verfassung werde erwartet, daß er diese schweren Gefahren zu unterdrücken entschlossen sei. Der Reichspräsident betonte wiederholt, daß er selbstverständlich wie bisher auf streng verfassungsmäßiger Grundlage sein Amt ausüben werde. Im übrigen teilte er mit, daß er beabsichtige, ein überparteiliches Kabinett zu bilden.

Zwei Jahre Brüning

Man schrieb den 30. März 1930, als Dr. Heinrich Brüning, der Führer der Zentrumsfraktion im Reichstag, Reichskanzler wurde. Er kam als Nachfolger des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller. Man wußte damals in der breiten Oeffentlichkeit von Brüning nicht viel. Es hieß nur, daß Brüning auf dem rechten Flügel des Zentrums stünde und die Absicht hätte, einen gemäßigten Rechtskurs einzuschlagen.

Die nächsten Mitarbeiter waren damals Curtius als Außenminister, Wirth als Innenminister und Dietrich als Finanzminister und stellvertretender Reichskanzler, den Reichswehrminister Gröner nicht zu vergessen. Am 10. Oktober 1931 erfolgte eine Regierungsumbildung, nach der das Kabinett Brüning folgendes Gesicht bekam, was die wichtigsten Ministerposten betrifft: an der Spitze des Auswärtigen Amts stand Brüning selbst, und an der Spitze des Innenministeriums stand der Reichswehrminister Gröner. Gröners Rücktritt am 13. Mai des laufenden Jahres hat die Regierungskrise eröffnet, die das Kabinett nicht überlebt hat.

Jedoch nicht diese Personalveränderungen charakterisieren die Kämpfe, die der Reichskanzler Brüning zu bestehen hatte. Noch bedeutungsvoller sind wohl die Wahlkampagnen, die im Laufe seiner Reichskanzlerschaft absolviert werden mußten, von denen die wichtigsten die Reichstagswahlen des 14. September 1930, die Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 und die Landtagswahlen in fünf Sechsteln des Deutschen Reiches am 24. April dieses Jahres sind. Und ein weiterer und wohl der wichtigste „Index" der politischen Entwicklung während der Aera Brüning waren die Notverordnungen, deren Annahme der Reichskanzler dem Reichspräsidenten zu empfehlen sich gezwungen sah.

Die Reichskanzlerschaft Dr. Brünings fiel in die Zeit der furchtbarsten Wirtschaftskrise, die Deutschland und mit ihm die ganze Welt je erlebt hat. Die steil aufsteigende Kurve der Arbeitslosigkeit signalisierte das Elend, in das die breitesten Schichten der Bevölkerung immer mehr hineingestürzt wurden. Die Finanzkatastrophe des 13. Juli 1931 war ein Sturmzeichen erster Ordnung. Damals war bereits das Hooverjahr, das ein Moratorium für sämtliche Reparations- und Kriegsschuldenfragen vorsah, in Kraft. Die Aktion des amerikanischen Präsidenten hat das weitere Abbröckeln der Weltfinanzen und die Schrumpfung der Weltwirtschaft nicht aufzuhalten vermocht. Deutschland war aus verständlichen Gründen der Hauptleidtragende der Weltwirtschaftskrise. Die politische Spannung in Deutschland wuchs unaufhörlich. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung vermochten die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ebenso wenig zu verhindern, wie die ähnlich gerichteten Schritte der Regierungen anderer Länder. Je weiter sich die Krise verschärfte, um so energischer wurde die Forderung nach Streichung der Reparationen vertreten. Am 16. Juni 1932 sollte Brüning den entscheidenden Kampf um die Reparationen in Lausanne austragen...

Die Zeit für eine objektive Beurteilung der Gestalt Heinrich Brünings ist noch nicht da. Aber niemals werden Zweifel an seiner persönlichen Lauterkeit, seiner heißen Vaterlandsliebe und seinem besten Wollen erhoben werden können. Es ist ihm nur nicht gelungen, die Entscheidungen mit der Schnelligkeit und Energie vorwegzunehmen und durchzuführen, welche unsere kranke Zeit erfordert. Man muß abwarten, ob seine Nachfolger in dieser Hinsicht eine glücklichere Hand haben werden.

*

Was das Ausland meint

Die tschechoslowakische Presse

Prag, 31. Mai. Die tschechoslowakische Presse erklärt, der Rücktritt des Kabinetts Brüning werde Schwierigkeiten in der internationalen Politik hervorrufen, die sich zunächst in einer Gefährdung der Konferenz von Lausanne äußern würden. Die nationalistischen tschechischen Blätter sehen in der Entwicklung einen Schritt zur Klärung der internationalen Beziehungen. Bisher sei das Regime im Geiste mit Hitler einig gewesen, jetzt werde man auch in Worten und Taten mit Hitler einig sein. Das radikalisierte und militarisierte Deutschland werde keine Reparationen zahlen wollen. Die dem Außenminister gleichfalls nahestehenden „Lidove Noviny" behaupten, im Hintergrunde der deutschen Entwicklung sehe man den Kronprinzen stehen. In führenden tschechischen politischen Kreisen beurteile man den Abgang Brünings als Vorbereitung zum Hitlerregime, das den Auftakt zum Bürgerkrieg bilden werde. Hitler würde in Europa allgemeinem Mißtrauen begegnen.

Schweizerische Stimmen

Bern, 31. Mai. Der „Bund" schreibt: Der Reichspräsident wird tatsächlich zu der Ueberzeugung gekommen sein, zum Wohle des Volkes zu handeln. Er sah wohl die Grenzen des bisherigen Systems und erkannte die Notwendigkeit, etwas anderes zu versuchen. Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt: In dieser Krise ruht auf den Schultern des Reichspräsidenten eine außerordentlich schwere Verantwortung. Wir stehen am Vorabend der Lausanner Reparationskonferenz, und Deutschland braucht eine Regierung, die volle Verhandlungsfähigkeit besitzt. Das „Berner Tagblatt" erinnert an den äußerst heftigen Feldzug, den bei der Reichspräsidentenwahl Nationalsozialisten und Deutschnationale gegen Hindenburg geführt haben. Wenn Hindenburg jetzt eben diese ins Kabinett rufen wolle, so zeige er wirklich eine bewundernswürdige Größe des Charakters.

Französisches Echo

„Oeuvre" wirft die Frage auf, mit wem Frankreich in Lausanne verhandeln werde, und antwortet: mit einem Deutschland, das hoffentlich wissen werde, was es wolle, und das sei wenigstens eindeutig. Auch „Ere Nouvelle" ist der Ansicht, daß die Lage wenigstens den Vorteil habe, klar zu sein. Der sozialistische „Populaire" schreibt, Hitler warte auf seine Stunde. Für ihn sei das kommende Ministerium nur ein Uebergangskabinett. Trübe Tage erwarten Deutschland. Die letzte republikanische Regierung hat ausgelebt. Die katholische „L'Aube" schreibt, der Rücktritt des Kabinetts Brüning bedeute vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus eine mindestens vorläufige Vertagung aller ernsten Entscheidungen. Die Verantwortung, die auf Frankreich überzugeben drohte, werde jetzt auf andere Schultern abgewälzt.

Der nationalistische „Figaro" schreibt, man erlebe in Deutschland heute die Rückkehr zur Vorkriegszeit. Eine neue Aera deutscher Politik beginne. Der alte preußische Geist der Junker und der militärischen Elemente wird aufs neue in Deutschland regieren. Aus diesem Reigen hebt sich vorteilhaft „Victoire" hervor. Das Blatt Kerves vertritt den Standpunkt, daß Frankreich das Anschwellen der Hitlerbewegung hätte verhindern können, wenn es rechtzeitig notwendige Konzessionen gemacht, d. h. in erster Linie eine ernsthafte Revision des Versailler Vertrages, den Deutschland als demütigend und ungerecht ansieht, vorgenommen hätte.

Die Neuyorker Presse

Neuyork, 31. Mai. Während „Herald Tribune" seinen Leitartikel mit „Deutschland geht nach rechts" überschreibt, meint „Times", daß dieser Regierungswechsel in Deutschland nicht so störende Wirkungen haben dürfte, als viele anzunehmen geneigt seien. Der „starke Turm" Hindenburg könne nicht so leicht unterminiert werden. Auf der anderen Seite könnte jetzt aber der Aufgabenkreis der Lausanner Konferenz erweitert werden, so wie es bereits von Macdonald befürwortet worden war.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[21

„Ich bedaure es unendlich, Miß Daisy, Sie um diese Freude gebracht zu haben. Aber das Pferd hat mir wirklich Sorge gemacht. Ich hatte es ja am Telephon ausrichten lassen. Ich mußte bei der Untersuchung dabei sein und bin glücklich, daß es nichts Schlimmes ist."

„Nun, Mister Frank, für diesmal soll Ihnen verziehen sein. Aber ich hoffe bestimmt, daß wir morgen das Versäumte nachholen können. Sonst würde ich ernstlich böse werden."

Daisy Edmon, die bildschöne Millionenerbin, lachte verführerisch zu John Frank-Murray auf.

„Um Gottes willen! Nicht böse sein, Miß Daisy. Sie wissen doch, wieviel mir an Ihrer Freundschaft liegt."

„So, Daisy, jetzt kannst du aber getrost Mister John für eine Weile mir überlassen. Du weißt, daß ich einige wichtige Dinge mit ihm zu besprechen habe."

Mabel Mifton sagte es liebenswürdig, aber man merkte ihr die Eifersucht und den Aerger recht deutlich an.

John Frank-Murray stand lächelnd zwischen den beiden Mädchen. Das war ja köstlich, wie sie eifersüchtig waren auf jede Minute, die er mit der anderen verplauderte. Es machte ihm gewaltig Spaß. Man mußte nur aufpassen, daß sich hier nichts Ernstliches entwickelte. Das könnte sonst eine gefährliche Sache geben.

John wandte sich an Mabel.

„Sie brauchen nicht böse zu werden, Miß Mabel. Sie wissen ja, daß ich immer für Sie da bin, wenn Sie mich brauchen. Lassen Sie sich zuerst einmal ansehen. Sie sehen heute wieder ganz reizend aus, kleine Mabel."

„Ja! Gefalle ich Ihnen, Mister Frank?"

„Natürlich gefallen Sie mir, kleine Mabel."

„Sie sollen nicht immer ‚kleine Mabel' zu mir sagen, Mister John. Sie sollen mich nicht wie ein Kind behandeln. Ich bin doch schon achtzehn Jahre alt. Zu Daisy sind Sie ganz anders, und das macht mich wütend."

„Aber, liebste Mabel, was reden Sie da für dumme Sachen!"

„Ich möchte wissen, ob Sie mich ebenso gern leiden mögen wie Daisy?"

„Sie wissen doch, daß ich Sie beide sehr gern habe, als ob Sie meine Schwestern wären, und daß es mir immer eine Freude ist, mit Ihnen zusammen zu sein. Und nichts könnte mich mehr betrüben, als wenn unsere Freundschaft durch irgendwelche Torheiten in die Brüche gehen könnte."

In diesem Augenblick erscholl das Klingelzeichen. Man nahm die Plätze ein.

John atmete erleichtert auf und sah zu George hinüber, der sich die ganze Zeit über mit Mistreß Mifton unterhalten hatte, Mabels Mutter und steinreiche Witwe des Fleischfabrikanten Mifton. Außerdem weilten noch Ralph Mifton, Mabels Bruder, und Lord Shearing in der großen Loge und warteten auf den Beginn der Festvorstellung.

Dann wurde es dunkel, und das Geschwirr und Gesumme ebbte allmählich ab.

Der Dirigent erhob den Taktstock — die Ouvertüre begann. Man gab Verdis „Troubadour", und bald taten alle die Dollarmillionäre, als ob sie hingerissen den Klängen der Musik lauschten.

Die erste Zeit hatte Ellinor Grey oder John Frank-Murray, wie wir sie jetzt nennen müssen, sich nicht so ganz wohlgefühlt in jenen exklusiven Kreisen, in denen George Frank verkehrte.

Der Petroleumkönig hatte ihn als seinen Bruder aufgenommen und als solchen in die Gesellschaft eingeführt. Es dauerte einige Zeit, bis sich der junge John an all die Pracht und den Reichtum gewöhnt hatte, der ihn von jetzt an umgab. Allmählich aber hatte er festen Fuß gefaßt, und Ellinor hatte sich mit der Zeit so in ihre männliche Rolle eingelebt, daß sie zuweilen beinah vergaß, eine Frau zu sein.

Kein Mensch konnte ahnen, daß sich unten diesem jungen, schlanken Menschen eine Frau verbarg. John Frank-Murray stellte in seiner eleganten, gewählten Kleidung eine vorzügliche Erscheinung dar. Wie festgewachsen saß das Einglas im Auge, wie angegossen saß der Frack oder der Reitanzug.

In nichts unterschied sich der junge Frank von den anderen Herren der Gesellschaft, mit denen er fast täglich zusammen kam. Nur, daß er sich von den extravaganten Ausschweifungen fernhielt, an denen sich die anderen nicht genug tun konnten.

Er galt als ein verträumter und sehr wohlerzogener junger Mann, der allen übrigen als Muster vorgehalten wurde, und er wurde von den Frauen maßlos verwöhnt.

George Frank liebte den neugewonnenen Bruder über die Maßen, und es gab nichts, das John nicht von ihm hätte erreichen können. Was John wollte, geschah. Widerstandslos ließ sich der ältere Mann von dem jungen beeinflussen.

George bewohnte den ersten Stock des großen Stadthauses, John den zweiten. Frühmorgens stand John auf, meist schon gegen sechs Uhr, zu einer Zeit, da seine Freunde meist noch tief in den Federn steckten.

Die Stunden von sechs bis acht Uhr gehörten ihm ganz allein. Er hatte es sich eingerichtet, ohne Bedienstete Toilette zu machen, und wenn ja einmal Benjamin, der schwarze Kammerdiener, anwesend war — wenn die Wäsche gewechselt wurde —, wurde er unter irgendeinem Vorwand hinausgeschickt.

Um halb neun Uhr wurde das Frühstück eingenommen, gemeinsam mit George. Dann ging George ins Geschäft, in der South Street. John begleitete Georges Wagen gewöhnlich eine kurze Strecke zu Pferde, um sich dann von dem Bruder zu trennen und seinen weiten Ritt anzutreten, in die Umgebung der Riesenstadt, durch Parks, am Hudson entlang.

Selten blieb John auf diesen Ritten allein. Meistens schlossen sich Bekannte an, Damen und Herren, und man setzte den Ritt gemeinsam fort. (Fortsetzung folgt.)